

Umsatzsteuer-News

Inhaltsverzeichnis

Vom Europäischen Gerichtshof.....	3
Steuerfreiheit für Heilbehandlungsleistungen und ermäßigter Steuersatz für Arzneimittel	
Die Steuerbefreiung nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. c der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (MwStSystRL) ist nicht auf Leistungen beschränkt, die von Angehörigen eines durch das Recht des betreffenden Mitgliedsstaats reglementierten ärztlichen oder arztähnlichen Berufs erbracht werden.	3
Aufsichtsratsmitglied kein Steuerpflichtiger	
Ein Aufsichtsratsmitglied übt nach Art. 9 und 10 der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (MwStSystRL) nicht selbstständig eine wirtschaftliche Tätigkeit aus, da er nicht in eigenem Namen, für eigene Rechnung und in eigener Verantwortung handelt und auch nicht das wirtschaftliche Risiko seiner Tätigkeit trägt.	3
Auslegung der unionsrechtlichen Steuerbefreiung für die Seeschifffahrt	
Die in Art. 148 Buchst. a–d der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (MwStSystRL) vorgesehene Steuerbefreiung für die Seeschifffahrt setzt voraus, dass die fraglichen schwimmenden Konstruktionen zumindest hauptsächlich oder überwiegend für die Fortbewegung im Meeresraum eingesetzt werden.	4
Aus der Finanzverwaltung	5
Auslegung der nationalen Steuerbefreiung für die Seeschifffahrt	
Nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 UStG begünstigte Schiffe sind nach Auffassung der Finanzverwaltung ab dem Zeitpunkt ihrer Abnahme durch den Besteller als „vorhanden“ anzusehen.	5
Aus dem Ausland	6
Norwegen: Frist für Vorsteuervergütung endet am 30. September	
Unternehmer, die in Norwegen Waren oder Dienstleistungen beziehen und dort nicht registriert sind, können die Erstattung der Vorsteuer im Vergütungsverfahren bis zum 30. September beantragen.	6
Indien: Vorsteuerguthaben aus den Jahren 2017 bis 2018 können bis zum 31. August 2019 geltend gemacht werden	
Der Oberste Gerichtshof von Gujarat hat entschieden, dass Unternehmern für Rechnungen, die in den ersten neun Monaten des General Sales Tax (GST)-Systems (Juli 2017 bis März 2018) ausgestellt wurden, ein entsprechendes Vorsteuerguthaben eingeräumt werden muss.	6
Tschechien: geänderte Einordnung von Finanzierungsleasing ab 2020	
Mit Wirkung zum 1. Januar 2020 werden Finanzierungsleasingverträge, bei denen das Eigentum an den Waren unter normalen Umständen auf den Leasingnehmer übertragen wird, als Warenlieferung behandelt.	6
Ihre Ansprechpartner	7

<i>Bestellung und Abbestellung</i>	<i>7</i>
--	----------

Vom Europäischen Gerichtshof

Steuerfreiheit für Heilbehandlungsleistungen und ermäßigter Steuersatz für Arzneimittel

Die Steuerbefreiung nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. c der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (MwStSystRL) ist nicht auf Leistungen beschränkt, die von Angehörigen eines durch das Recht des betreffenden Mitgliedsstaats reglementierten ärztlichen oder arztähnlichen Berufs erbracht werden.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) befasste sich in dem Verfahren C-597/17 (Belgisch Syndicaat van Chiropraxie) mit dem Anwendungsbereich der Steuerbefreiung für Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. c MwStSystRL und dem Anwendungsbereich eines ermäßigten Steuersatzes für Arzneimittel und Medizinprodukte nach Art. 98 MwStSystRL.

Nach Auffassung des EuGH ist die Steuerbefreiung nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. c MwStSystRL nicht auf Leistungen beschränkt, die von Angehörigen eines durch das Recht des betreffenden Mitgliedsstaats reglementierten ärztlichen oder arztähnlichen Berufs erbracht werden. Zudem stehe Art. 98 MwStSystRL einer nationalen Regelung nicht entgegen, die unterschiedliche Steuersätze für Arzneimittel und Medizinprodukte vorsieht, welche einerseits zu therapeutischen Zwecken und andererseits zu ästhetischen Zwecken geliefert werden.

Nach der bisherigen Rechtsprechung des EuGH steht es im Ermessen, über das die Mitgliedsstaaten bei der Definition der arztähnlichen Berufe verfügen, einen bestimmten Beruf nicht als einen arztähnlichen Beruf anzusehen und ihn von der Steuerbefreiung nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. c MwStSystRL auszunehmen, und zwar ungeachtet des Umstands, dass dieser Beruf hinsichtlich bestimmter Aspekte im nationalen Recht besonders geregelt ist (EuGH v. 27.04.2006, Solleveld, C-443/04 und C-444/04). Dieser Ausschluss muss gleichwohl durch sachliche Gründe gerechtfertigt sein, die sich auf die beruflichen Qualifikationen der Behandelnden und damit auf Erwägungen im Zusammenhang mit der Qualität der erbrachten Leistungen beziehen (EuGH v. 14.04.2016, Gabarel, C-555/15). Nach den Regelungen des Abschn. 4.14.4 Abs. 6f. UStAE sind die Leistungen von Chiropraktikern und Osteopathen – anders als nach belgischer Rechtslage – nicht generell vom Anwendungsbereich der Steuerbefreiung für Heilbehandlungen ausgeschlossen. Gleichwohl ist diese Entscheidung auch für Deutschland relevant, da es klarstellt, dass das den Mitgliedsstaaten eingeräumte Ermessen nicht unbegrenzt ist. Die Mitgliedsstaaten müssen bei der Anwendung der Steuerbefreiung zum einen das Ziel dieser Vorschrift – nämlich zu gewährleisten, dass die Steuerbefreiung nur auf Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin angewandt wird, die von Anbietern mit den erforderlichen beruflichen Qualifikationen erbracht werden – und zum anderen den Grundsatz der steuerlichen Neutralität beachten. Von der Möglichkeit eines ermäßigten Steuersatzes für Arzneimittel nach Art. 98 in Verbindung mit Anhang III Nr. 3 MwStSystRL hat Deutschland keinen Gebrauch gemacht.

Fundstelle: C-597/17 „Belgisch Syndicaat van Chiropraxie“, Urteil vom 27. Juni 2019

Aufsichtsratsmitglied kein Steuerpflichtiger

Ein Aufsichtsratsmitglied übt nach Art. 9 und 10 der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (MwStSystRL) nicht selbstständig eine wirtschaftliche Tätigkeit aus, da er nicht in eigenem Namen, für eigene Rechnung und in eigener Verantwortung handelt und auch nicht das wirtschaftliche Risiko seiner Tätigkeit trägt.

Der Kläger des Ausgangsverfahrens war Mitglied des Aufsichtsrats einer niederländischen Stiftung. Die Satzung dieser Stiftung sah eine Mindest- und eine Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder vor, die auf vier Jahre ernannt wurden. Personen, die mit der Stiftung einen Arbeitsvertrag eingegangen waren, kamen als Mitglieder nicht infrage. Die Befugnisse des Aufsichtsrats umfassten insbesondere die Ernennung, Suspendierung und Entlassung der Mitglieder des Vorstands, die Festlegung ihrer Arbeitsbedingungen, die Aussetzung des Vollzugs der Entscheidungen des Vorstands, die Beratung des Vorstands, die Feststellung der Jahresabschlüsse, die Ernennung, Suspendierung und Entlassung der Mitglieder des Aufsichtsrats und die Bestimmung ihrer festen Vergütung. Im Fall bestimmter Interessenskonflikte des Vorstands oder bei Ausscheiden sämtlicher Vorstandsmitglieder vertrat der Aufsichtsrat anstelle des Vorstands die Stiftung. Der Kläger erhielt für seine Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats eine Bruttovergütung, von der Lohnsteuer einbehalten wurde und deren Betrag sich nach einem niederländischen Gesetz richtete. Die Vergütung hing weder von der Teilnahme des Klägers an Sitzungen noch von seinen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden ab.

Die Tätigkeit des Klägers sei nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zwar als wirtschaftliche Tätigkeit anzusehen, da sie nachhaltig und gegen Entgelt ausgeübt wird, aber sie sei nicht selbstständig ausgeübt worden. Eine Unselbstständigkeit nach Art. 10 der Richtlinie läge dabei nicht vor, denn der Kläger sei kein Lohn- oder Gehaltsempfänger, wenn lediglich aufgrund einer Gesetzesfiktion die Einstufung als ein Arbeitsverhältnis erfolge, und er übe seine Tätigkeit auch nicht auf Grundlage eines Arbeitsvertrags, sondern auf Grundlage eines Dienstleistungsvertrags aus. Zudem würde im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen kein Unterordnungsverhältnis bestehen, da die Aufsichtsratsmitglieder keinen Weisungen des Vorstands der Stiftung unterliegen, sondern vielmehr die Strategie des Vorstands und den allgemeinen Geschäftsgang der Stiftung auf unabhängige Weise kontrollieren. Allerdings war der Kläger nach Meinung des EuGH auch nicht im Sinne des Art. 9 der Richtlinie selbstständig, weil der Kläger in der Ausübung seiner Aufgaben weder in eigenem Namen noch für eigene Rechnung oder in eigener Verantwortung handelte. Zudem beziehe ein solches Aufsichtsratsmitglied eine feste Vergütung, die weder von seiner Teilnahme an Sitzungen noch von seinen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden abhängt, und trage daher keinerlei wirtschaftliches Risiko.

Bislang stand die Unternehmereigenschaft der Aufsichtsratsmitglieder in Deutschland soweit ersichtlich außer Frage, nicht zuletzt aufgrund der (in der Richtlinie nicht vorgesehenen) ausdrücklichen Erwähnung in § 3a Abs. 4 Nr. 3 UStG. Es wird daher von den nationalen Gerichten noch zu erörtern sein, ob in Abkehr der bisherigen Entscheidungen (vgl. Abschnitt 2.2 Abs. 2 Satz 7 UStAE), das Urteil des EuGH auch auf deutsche Aufsichtsräte anwendbar ist und ihre Tätigkeit als nicht steuerbar zu qualifizieren sein könnte. Ausgeschlossen scheint es nicht.

Fundstelle: EuGH [C-420/18](#) „IO“, Urteil vom 13. Juni 2019

Auslegung der unionsrechtlichen Steuerbefreiung für die Seeschifffahrt

Die in Art. 148 Buchst. a–d der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (MwStSystRL) vorgesehene Steuerbefreiung für die Seeschifffahrt setzt voraus, dass die fraglichen schwimmenden Konstruktionen zumindest hauptsächlich oder überwiegend für die Fortbewegung im Meeresraum eingesetzt werden.

Die rumänische Klägerin verkaufte selbsthebende Offshore-Bohreinheiten und stellte hierfür Rechnungen aus, bei denen sie die in Art. 148 Buchst. c der MwStSystRL vorgesehene Steuerbefreiung anwandte. Die rumänischen Finanzbehörden erließen in der Folge einen Nacherhebungsbescheid über nicht entrichtete Mehrwertsteuer und führten als Begründung unter anderem an, dass die Bohreinheiten tatsächlich und

überwiegend nicht auf hoher See fahren, sondern in Parkposition für Bohrtätigkeiten verwendet würden.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) bestätigte grundsätzlich die Auffassung der Finanzbehörden. Der Ausdruck „Schiffe, die auf hoher See eingesetzt sind“ beinhaltet notwendigerweise, dass die fraglichen schwimmenden Konstruktionen zur Fortbewegung eingesetzt werden. Ziel der Steuerbefreiung sei die Förderung der grenzüberschreitenden Beförderung, was einen zumindest hauptsächlich oder überwiegenden Einsatz für die Fortbewegung im Meeresraum voraussetze. Der Ausdruck „Schiffe, die auf hoher See eingesetzt sind“ sei daher nicht auf die Lieferung von selbsthebenden Offshore-Bohreinheiten anwendbar, wenn diese überwiegend stationär für die Offshore-Förderung von Kohlenwasserstoffvorkommen verwendet werden.

Fundstelle: **C-291/18** „Grup Servicii Petroliere“, Urteil vom 20. Juni 2019

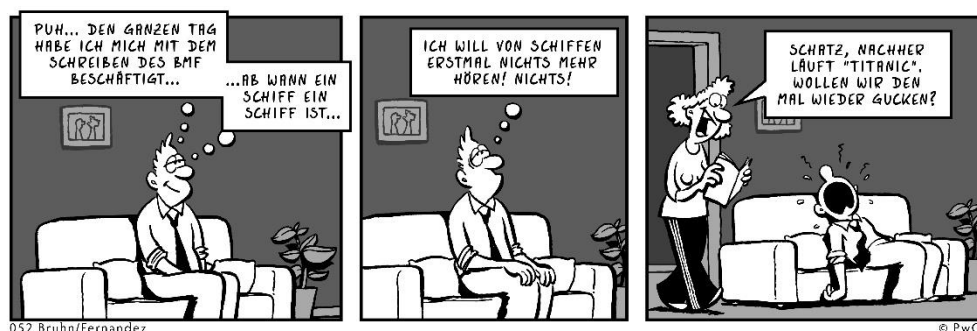
Aus der Finanzverwaltung

Auslegung der nationalen Steuerbefreiung für die Seeschifffahrt

Nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 UStG begünstigte Schiffe sind nach Auffassung der Finanzverwaltung ab dem Zeitpunkt ihrer Abnahme durch den Besteller als „vorhanden“ anzusehen.

Nach Auffassung der Finanzverwaltung muss es sich bei den nach § 8 Abs. 1 UStG begünstigten Schiffen um bereits vorhandene Wasserfahrzeuge handeln. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) ändert mit Schreiben vom 18. Juni 2019 den Umsatzsteuer-Anwendungserlass erneut und weist nunmehr darauf hin, dass ein Wasserfahrzeug erst ab dem Zeitpunkt seiner Abnahme durch den Besteller als „vorhanden“ anzusehen ist. Die Regelung ist auf alle offenen Fälle anzuwenden. Für vor dem 1. Juli 2019 ausgeführte Umsätze wird es jedoch nicht beanstandet, wenn die bisher geltende Rechtslage angewendet wird.

Fundstelle: **BMF III C 3 - S 7155/19/10001 :001**, Schreiben vom 18. Juni 2019



Aus dem Ausland

Norwegen: Frist für Vorsteuervergütung endet am 30. September

Unternehmer, die in Norwegen Waren oder Dienstleistungen beziehen und dort nicht registriert sind, können die Erstattung der Vorsteuer im Vergütungsverfahren bis zum 30. September beantragen.

Während der Antrag für die Vorsteuervergütung in zahlreichen Drittländern bis zum 30. Juni des Folgejahres gestellt werden muss, hat das in Norwegen für Steuern und die Verwaltung der Meldedaten zuständige Finanzamt (Skatteetaten) angekündigt, die Antragsfrist auf den 30. September des Folgejahres zu verschieben. Unternehmer, die 2018 Waren oder Dienstleistungen in Norwegen bezogen haben und bislang noch keinen Vorsteuervergütungsantrag eingereicht haben, können daher die Erstattung der Vorsteuer noch bis zum 30. September 2019 beantragen.

Indien: Vorsteuerguthaben aus den Jahren 2017 bis 2018 können bis zum 31. August 2019 geltend gemacht werden

Der Oberste Gerichtshof von Gujarat hat entschieden, dass Unternehmern für Rechnungen, die in den ersten neun Monaten des General Sales Tax (GST)-Systems (Juli 2017 bis März 2018) ausgestellt wurden, ein entsprechendes Vorsteuerguthaben eingeräumt werden muss.

In einer Pressemitteilung war am 18. Oktober 2018 mitgeteilt worden, dass Unternehmer in Indien ein Vorsteuerguthaben für Rechnungen, die im Zeitraum Juli 2017 bis März 2018 ausgestellt worden waren, nur bis zum 20. Oktober 2018 beantragen können. Nachdem diese Frist erfolgreich vor dem Obersten Gerichtshof von Gujarat angefochten wurde, kann der Steuerpflichtige nun grundsätzlich bis zur Abgabe der Jahreserklärung am 31. August 2019 ein entsprechendes Vorsteuerguthaben geltend machen. Zu beachten ist jedoch, dass das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

Tschechien: geänderte Einordnung von Finanzierungsleasing ab 2020

Mit Wirkung zum 1. Januar 2020 werden Finanzierungsleasingverträge, bei denen das Eigentum an den Waren unter normalen Umständen auf den Leasingnehmer übertragen wird, als Warenlieferung behandelt.

Werden Gegenstände im Leasingverfahren überlassen, ist hinsichtlich der Übergabe des Leasinggegenstands durch den Leasinggeber an den Leasingnehmer aus umsatzsteuerrechtlicher Sicht grundsätzlich zwischen dem Vorliegen einer Lieferung und einer sonstigen Leistung zu unterscheiden. Soweit bei einem Finanzierungsleasing bereits zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vereinbart und klargestellt wurde, dass das Eigentum an den Waren unter normalen Umständen auf den Leasingnehmer übertragen wird, wird der Umsatz ab dem 1. Januar 2020 auch in Tschechien als Warenlieferung behandelt.

Ihre Ansprechpartner

Frank Gehring
Frankfurt am Main
+49 69 9585-2771
frank.gehring@de.pwc.com

Mónica Azcárate
Frankfurt am Main
+49 69 9585-6111
monica.azcarate@de.pwc.com

Martin Diemer
Stuttgart
+49 711 25034-1258
martin.diemer@de.pwc.com

Franz Kirch
Köln
+49 221 2084-459
franz.kirch@de.pwc.com

Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ an:
SUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com.

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Umsatzsteuer-News* abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Abbestellung“ an:
UNSUBSCRIBE_Indirect_Tax_Information@de.pwc.com.

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Juli 2019 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.